

# Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

## Inhalt

Horst Seefeld MdB fragt,  
ob die EG-Kommission  
kritischem Journalismus  
den Garas machen will

Seite 1/2

Hermann Rappe MdB hält  
mehr Leistungsgerechtig-  
keit im sozialen Lei-  
stungssystem für eine  
permanente Aufgabe

Seite 3-5

Michael Müller, stellv.  
Juso-Vorsitzender,  
analysiert den Deutsch-  
landtag der Jungen Union

Seite 6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
Pressediensl GmbH  
Kölnner Straße 109-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

32. Jahrgang / 210

2. November 1977

EG-Magazin in Bonn gefährdet ?

Der Kniefall der Brüsseler Kommission vor "Le Monde"

Von Horst Seefeld MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft gibt zur Information der Bürger in verschiedenen Ländern Monatszeitschriften heraus, die meist ebenso bunt wie langweilig sind. Eine rühmliche Ausnahme bildet das deutsch-sprachige "EG-Magazin", eine ansprechende und niveauvolle Publikation, die vom Kommissionsbüro in Bonn herausgegeben wird. Dieses Magazin beschränkt sich nicht auf mehr oder weniger farblose Information über Tätigkeiten der Gemeinschaftsorgane, sondern bietet freien Journalisten eine Plattform zu kritischer Auseinandersetzung mit der europäischen Wirklichkeit.

Da kann es nicht überraschen, wenn das EG-Magazin von Zeit zu Zeit in ein Fettnäpfchen tritt. Einmal nimmt es die Bundesregierung aufs Korn, ein anderes Mal das Europäische Parlament. Auch Kommissionsmitglieder bleiben nicht verschont. In der Oktober-Ausgabe traf es ein anderes Presseorgan, die Zeitung "Le Monde" aus Paris.

In seinem Beitrag "'Le Monde' ist nicht die Welt" übt der Pariser Korrespondent Alfred Frisch harte Kritik an der renommierten französischen Tageszeitung. Er wirft ihr Einseitigkeit und eine feindliche Einstellung gegenüber der

Bundesrepublik Deutschland vor. Damit steht er im übrigen nicht allein, auch wenn sein Artikel in der Tendenz weit überzogen ist.

Der Brüsseler Korrespondent von "Le Monde", Philippe Lemaitre, nahm Frischs Artikel zum Anlaß, in einer Pressekonferenz die EG-Kommission über ihre Einstellung zum "Monde" zu befragen. Damit provozierte er eine Richtigstellung durch die Sprechergruppe der Kommission, in der es unter anderem heißt: "Die Kommission bedauert eine derartige Veröffentlichung zutiefst, die weder der Natur ihrer Veröffentlichungen noch den Zielen der Kommission entspricht. Die Kommission wird alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit sich unter Berücksichtigung der Informationsziele und der geltenden Vorschriften solche Irrtümer nicht wiederholen können."

Diese Erklärung der Kommission stieß auf großes öffentliches Interesse. In der "Welt" vom 20. Oktober 1977 wurde sie als "Kotau der EG-Kommission vor 'Le Monde'" bezeichnet. Wie die "Welt" weiter berichtet, streiten sich die Kommissionsmitglieder darüber, ob Adolf Peter Koof, der Redakteur des EG-Magazins, seinen Hut nehmen muß. Die deutschen Kommissare setzen sich angeblich dafür ein, ihn in seinem Amt zu belassen, während der französische Kommissar Cheysson, laut "Welt" selbst Anteilseigner von "Le Monde", angeblich seine Ablösung fordern soll. Aus Kommissionskreisen war allerdings zu erfahren, Kommissar Cheysson habe sich in der Diskussion fair verhalten und es sei auch nicht um eine Absetzung Koofs gegangen. Vielmehr sie ihm ein Verfahrensfehler bei der Herstellung der Oktoberausgabe des EG-Magazins vorgeworfen worden.

Man muß auf jedenfall darauf achten, daß sich die EG-Kommission nicht von einem falschen Harmonisierungswahn treiben läßt und das deutschsprachige EG-Magazin auf das Niveau ihrer anderen Magazine herabdrückt. Zwei Überlegungen drängen sich auf: Will die Kommission kritischem Journalismus in ihren Magazinen den Garaus machen? Und ist es wahr, daß politischer Druck auf einen Kommissionsbeamten ausgeübt wird, weil es eine europäische Zeitung so will?

Die EG-Kommission wird Gelegenheit haben, in der nächsten Fragestunde des Europäischen Parlaments zu beiden Fragen ausführlich Stellung zu nehmen. (-/2.11.1977/ks/ben)

+ + +

## Grenzen des Sozialstaates

-----  
Niveau der Sozialstaatlichkeit muß der Entwicklung  
von Wirtschaft und Gesellschaft entsprechen

Von Hermann Rappe MdB

Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung  
im Deutschen Bundestag

Es ist das Gebot unserer Verfassung, den sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen. Diese Verpflichtung gilt für alle Organe unseres demokratischen Staates; der Konsens darüber schließt auch die gesellschaftlichen Gruppen ein. Von diesem Verfassungsgebot kann und darf es keine Abstriche geben!

Wenn gleichwohl - und in jüngster Zeit häufiger - die Frage nach den "Grenzen des Sozialstaates" gestellt wird, dann aus der isolierten Betrachtungsweise des quantitativen Volumens der Sozialleistungen. Bei einem Brutto-sozialprodukt von rund 1 135 Milliarden DM im Jahre 1976 umfaßten die Sozialleistungen rund 357 Milliarden DM (in der Abgrenzung des Sozialbudgets).

Es ist illegitim und in der Sache falsch, aus derartigen Zahlen nun unmittelbar und in erster Linie Belastungen der Wirtschaft und der Versicherten zu folgern, die beträchtlichen wachstums- und wertschöpfungsrelevanten Wirkungen vieler Sozialleistungen aber unbeachtet zu lassen. Für Ausgaben in den Bereichen Gesundheit, Rehabilitation, Aus- und Weiterbildung z.B. leuchtet dies sicher unmittelbar ein.

Prinzipiell muß gefragt werden, ob das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes als erfüllt oder im wesentlichen erfüllt angesehen werden kann. Wir können sicher mit Befriedigung feststellen, daß die soziale Sicherung in den letzten Jahren beträchtlich ausgebaut werden konnte, und daß heute die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung an dieser solidarischen Sicherung teil hat.

Wenn wir uns aber im Lande umsehen, mit den Menschen sprechen, so wird sehr schnell deutlich, daß es noch sehr viele soziale Anliegen gibt - daß das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes nach wie vor auch als Aufgabe verstanden wird und werden muß. Einige Stichworte:

1. Diskrepanz: gesellschaftlichen Wohlstand und sozialer Bedürftigkeit  
Wir haben nach wie vor ein beträchtliches gesellschaftliches Wohlstandsgefälle zu verzeichnen: Es sollte jedem zu denken geben, daß es zahlreiche Bürger gibt, die aufgrund sozialer Bedürftigkeit auf besondere Hilfen der Gesellschaft angewiesen sind. Wir dürfen es nicht hinnehmen, daß ältere und behinderte Mitbürger allzu leicht in ein gesellschaftliches Randdasein zu geraten drohen, weil es an Humandiensten fehlt, die ihre Betreuung und ihr Verbleiben in vertrauter sozialer Umgebung ermöglichen.

2. Diskrepanz: Einkommens- und Vermögensverteilung.  
In der Bundesrepublik weist die Einkommens- und Vermögensverteilung auch heute noch eine starke Schlagseite zuungunsten der Arbeitnehmer auf. Von einer Teilhabe der Arbeitnehmer am Zuwachs des Produktivkapitals kann praktisch kaum die Rede sein. Beide aber, Kapital und Arbeit, erwirtschaften das Produktionsergebnis gemeinsam, sollten also auch an den Früchten gemeinsam teilhaben.

3. Diskrepanz: Alterssicherung verschiedener Bevölkerungsgruppen.  
Frauen haben, sei es in der Familie wahrgenommene Aufgaben, sei es durch Erwerbs-

tätigkeit einen genauso wesentlichen Beitrag für Wirtschaft, und Gesellschaft zu erbringen, wie dies für die männliche Bevölkerung gilt. Ihre Ungleichbehandlung über viele Jahre hinweg (z.B. Leichtlohn) wirken sich heute fühlbar auch in ihrer Alterssicherung aus. Es ist Verfassungsgebot, für prinzipielle Gleichbehandlung zu sorgen und entsprechende Schlußfolgerungen in der sozialen Sicherung zu ziehen.

#### 4. Diskrepanz: Arbeitswelt - Lebensqualität

Auf dem Weg zur Humanisierung des Arbeitslebens sind sicher gute Fortschritte erzielt worden, aber Beträchtliches bleibt zu tun. Stumpfsinnige, sinnentleerte Arbeitsgänge, Gesundheitsgefährdungen und Unfallgefahren am Arbeitsplatz sind gleichermaßen eine individuelle und gesellschaftliche Last. Sie erfordern aktives Handeln.

#### 5. Diskrepanz: soziales Recht auf Arbeit und reale Arbeitsmöglichkeiten

Im September 1977 standen 911 000 Arbeitssuchenden insgesamt 236 000 offene Stellen gegenüber. Wir haben es mit einem gesamtwirtschaftlichen Nachfrage- und Arbeitsplatzdefizit zu tun, das derzeit zahlreichen Bürgern die Entfaltung und Entwicklung ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Position im Produktionsprozeß verwehrt.

Die Problemgruppen des Arbeitsmarktes, die in der gegenwärtigen Situation besonders schwer wieder ins Arbeitsleben zu integrieren sind, brauchen aktive Unterstützung. Das "marktwirtschaftliche System" oder die "Kräfte des Marktes" gehen an derartigen Problemen achtlos vorbei. Soziale Aufgaben - und zwar gerechtfertigte Aufgaben - gibt es also mehr als genug.

Ob unser Sozialstaat zu teuer ist oder zu teuer wird, ist nicht auf die Frage nach den absoluten Kosten etwa der sozialen Sicherung oder nach den Belastungsquoten isoliert zu beantworten. Man muß vielmehr gleichzeitig den Wert der Leistungen des Sozialstaats den Kosten gegenüberstellen und dann abwägen. Das gilt für den einzelnen Bürger wie für die Gesellschaft insgesamt:

1. Die soziale Sicherung ist die wichtigste Einkommensquelle derjenigen Mitbürger, die z.B. als Kranke oder Arbeitslose vorübergehend ohne Erwerbseinkommen sind oder die ihr Arbeitsleben bereits hinter sich haben.

Umgekehrt weiß jeder Erwerbstätige, daß auch er einmal ins Rentenalter kommt oder aber krank oder arbeitslos werden könnte. Er weiß, daß es sich lohnt, der Versicherungsgemeinschaft anzugehören und Beiträge zu zahlen. Es ist eine Versicherung auf Gegenseitigkeit.

2. Der Lebensstandard der Bürger hängt ebenso sehr von Gemeinschaftseinrichtungen ab wie von privat verfügbarem Einkommen und privatem Konsum. So z.B. von gemeinschaftlich organisierten bzw. finanzierten Leistungen im Krankheitsfall im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung, das Schulwesen, die Verkehrswege (um auch über den Sozialstaatsbereich im engeren Sinne hinaus Beispiele für nicht privaten Konsum zu geben). Nur wirklich Wohlhabende - und das sind nur wenige Prozent unseres Volkes - können ohne Beeinträchtigung ihres Lebensstandards auf viele Gemeinschaftsleistungen verzichten und sich somit einen "billigen Staat" leisten.

3. Sozialleistungen wirken darüber hinaus auch direkt oder indirekt privatwirtschaftlich produktivitätssteigernd. Das wird leider viel zu gerne über-

sehen. Ein gut ausgebautes soziales Leistungssystem trägt ganz wesentlich zur sozialen Stabilität bei. Soziale Stabilität aber ist mittel- und längerfristig eine Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Prosperität und Wachstum. Und die positiven Effekte von Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitslebens übersteigen auf Dauer die hierfür erforderlichen Aufwendungen - einzelwirtschaftlich wie gesamtwirtschaftlich.

4. Die Sozialleistungen waren und sind im Ergebnis zugleich einer der wichtigsten konjunkturellen Stabilisationsfaktoren, indem in Rezessionsperioden die Ausgaben überproportional ansteigen und die Einnahmen relativ zurückbleiben. Dadurch wird die Nachfrage gestützt. Die Finanzprobleme, die wir in der Rentenversicherung zu bewältigen hatten, sind auch entstanden, weil sie diesen anti-zyklischen Effekt hat. Sie hatte gewissermaßen ihren Beitrag zur Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung geleistet.

Ein Weniger an Sozialstaat können wir uns mit Sicherheit nicht leisten. Das wäre eine schwere Belastung für den Einzelnen und eine Bedrohung unserer hochentwickelten Gesellschaft und Wirtschaft. Das Niveau an Sozialstaatlichkeit muß mit der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft mithalten können - zumindest mithalten können.

Sicher können wir nicht alle sozialen Aufgaben über Nacht bewältigen und lösen. Wir dürfen aber auch nicht die Augen verschließen vor den sozialpolitischen Aufgaben, die sich heute stellen und sich im Laufe der Zeit stellen werden. Dabei geht es keineswegs einseitig darum, Leistungen nur zu erhöhen, sondern es geht z.B. auch darum, mehr Leistungsgerechtigkeit im sozialen Leistungssystem zu verwirklichen und in einer Gesellschaft, die sich im ökonomischen und sozialen Wandel befindet, ist dies eine permanente Aufgabe. Darüber sollte sachlich nüchtern diskutiert werden - mit mehr Fakten, aber weniger Emotionen. (-/2.11.1977/hj/gat)

+ + +

### Deutschlandtag der Hochstapelei

---

Junge Union klammert aus, statt zu diskutieren

Von Michael Müller

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD

Auf dem JU-Kongreß in München fanden die Probleme der Jugend keinen Platz. Mathias Wissmann sprach in der ihm eigenen Bescheidenheit davon, daß die Junge Union die einzige politische Jugendorganisation sei, die sich um die Probleme der Jugendlichen kümmere. Der Deutschlandtag der Jungen Union in München hat diesen Anspruch eindrucksvoll als Hochstapelei entlarvt.

Es ist bezeichnend für den Zustand der Jungen Union, daß der Kongreß keine Zeit fand, solche zentrale Probleme wie Jugendarbeitslosigkeit, die Ausbildungs- und Hochschulsituation zu diskutieren. Zeit fand man stattdessen, ein Verbändepapier zu verabschieden, dessen Stoßrichtung gegen die Gewerkschaft als die entscheidende Interessenorganisation der jugendlichen Arbeitnehmer unverkennbar ist. Trotz mancher Warnungen in den eigenen Reihen wurde deutlich, daß sich die Mehrheit der Jungen Union nach wie vor schwer tut, ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften positiv zu gestalten. Wer die jugendlichen Arbeitnehmer bei den sie bedrängenden Problemen im Regen stehen läßt und gleichzeitig ihre Interessenorganisation diffamiert, bei dem sind die Interessen der Jugendlichen wohl kaum gut aufgehoben.

Wo innerverbandliche politische Kontroversen auf dem Kongreß sich andeuteten, wird ihre offene Diskussion ausgeklammert oder sie wird der Parteiprominenz überlassen. So wurde der im Rahmen der Strategiediskussion brisante Antrag der Jungen Union Bayerns zur Frage der organisatorischen Trennung von CDU und CSU um seine Konfliktpunkte erleichtert, indem sie nicht zur Abstimmung gestellt wurden. Mit Ausklammerung statt Diskussion wird zwar nach außen hin Geschlossenheit gewahrt, die Probleme für die Junge Union bestehen jedoch weiter.

Wenn der Großteil des Kongresses mit Grußansprachen der Parteiprominenz bestritten wird, dann wird deutlich, daß dieser Deutschlandtag der Jungen Union eher eine Veranstaltung der Prominenten der CDU/CSU war, bei der die Junge Union die Kulisse abgab. Es wird deutlich, wie wenig die Probleme der Jugend und wie sehr parteipolitische Überwäter und inhaltliche Substanzlosigkeit diesen Kongreß geprägt haben.

(-/2.11.1977/ks/gat)